

Nur berufliche Bildung sichert die effektive Integration von Flüchtlingen, sagt **Hilmar Schneider**.

Akuter Nachholbedarf



In der Diskussion über Flüchtlinge und Migranten gilt weltweit eine kardinale Einsicht: Der Arbeitsmarkt ist in aller Regel der beste Integrationsmechanismus. Arbeit sichert Einkommen, und die Integrationserfahrung am Arbeitsplatz bietet neben Spracherfahrungen auch ein unmittelbares Ein-tauchen in die gesamtgesellschaftliche Lebenswirklichkeit des neuen Landes. Dies fördert zudem auch das Selbstwertgefühl der Neuankommenden.

Wie sieht es aktuell in der deutschen Realität aus? 2015 stellte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aufgrund von Erfahrungen früherer Fluchtepisoden sowie der Erfahrungen anderer Volkswirtschaften eine zukunftsgerichtete Projektion an. Demnach würden nach zwei Jahren 20 Prozent der Flüchtlinge in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen sein, 50 Prozent nach fünf Jahren und 70 Prozent nach zehn Jahren. Bei 30 Prozent wird davon ausgegangen, dass ihre Arbeitsmarktintegration noch wesentlich längere Zeit braucht - oder überhaupt nicht stattfindet.

Aktuelle Zahlen deuten inzwischen an, dass sich die Arbeitsmarktintegration der in den letzten Jahren nach Deutschland geflüchteten Menschen bislang tatsächlich in dieser Größenordnung vollzieht. Allerdings stehen wir erst noch am Anfang der Entwicklung - und der Anstrengungen.

Enthusiasmus ist längst verflogen

Außerdem ist der Blick in die Zukunft nach wie vor mit großer Unsicherheit behaftet: Die Beschäftigungslage am Arbeitsmarkt ist zwar grundsätzlich ein günstiger Begleitumstand, aber es ist weiterhin unklar, inwieweit die Flüchtlingswelle von 2015 qualitativ und quantitativ wirklich mit den Erfahrungen der Vorjahre verglichen werden kann.

Der anfängliche Enthusiasmus ist in jedem Fall bereits verflogen. Um die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten erfolgreich bewältigen zu können, ist es unerlässlich, die besondere Funktionslogik des deutschen Arbeitsmarktes zu verstehen. In den USA etwa gehen Firmen nur ein geringes Risiko ein, wenn sie im Land neu angekommene Bewerber für einen Job einfach ausprobieren. Denn wer ihre Erwartungen nicht erfüllt, kann vorbehaltlos wieder entlassen werden. Die Hürde zur Einstellung ist dementsprechend niedrig.

In Ländern wie Deutschland hingegen ist der sozialstaatliche Schutz sehr viel ausgeprägter, und die informelle Ökonomie spielt nur eine untergeordnete Rolle. Dementsprechend sind nicht nur die Beschäftigungskosten oftmals höher, sondern es gibt auch einen umfassenderen Kündigungsschutz. Das erzeugt für Unternehmen ein beträchtlich höheres Risiko bei der Einstellung von Mitarbeitern als anderswo. Fehlbesetzungen können in Deutschland deshalb sehr teuer werden.

Die deutsche Antwort auf dieses Problem ist ein stark ausdifferenziertes System der beruflichen Bildung, insbesondere in Form der dualen Ausbildung. Dabei geht es um weit mehr als die Vermittlung von Fachqualifikationen. Es sorgt für passgenaue Ausbildungsinhalte und stellt eine Verlässlichkeit im Hinblick auf Qualifikationsanforderungen her. Dies hilft Firmen, das Risiko

von Fehlbesetzungen effektiv zu begrenzen. Deshalb ist es auch keineswegs ein Zufall, dass die Jugendarbeitslosenquote in Deutschland im Vergleich insbesondere zu den südeuropäischen Sozialstaaten niedrig ist.

Angesichts der massenhaften Zuwanderung geringqualifizierter junger Flüchtlinge werden sich in Deutschland die gleichen Probleme zeigen, wie sie andernorts im Zusammenhang mit Jugendlichen ohne Berufsbildungsnachweis auftreten. Als vermeintlich unbeschriebene Blätter erhalten Flüchtlinge in Deutschland ohne anerkannten Qualifikationsnachweis so gut wie keine Chance, ihre Fähigkeiten überhaupt unter Beweis zu stellen. Firmen sehen sich oftmals nicht in der Lage, das Risiko mangelnder Qualifikationen zu tragen.

Daraus folgt unweigerlich eine Konsequenz: Ohne energische und entschlossene Vermittlung beruflicher Bildung beziehungsweise die Anerkennung vorhandener beruflicher Bildungsabschlüsse kein Zugang zum Arbeitsmarkt - und ergo keine Integration.

Passgenaue Qualifikation

Fehlt aber ein solcher zertifizierter Nachweis einer Qualifikation, geht auf unserem Arbeitsmarkt oft so gut wie gar nichts. Deutschland ist ja gerade deswegen ein Hochlohnland, weil seine Arbeitnehmer überwiegend auf einem hohen Niveau vergleichsweise passgenau ausgebildet worden sind.

Auch wenn der Arbeitsmarkt in Deutschland nun schon seit über einem Jahrzehnt boomt und ein Ende des Booms vorläufig nicht abzusehen ist, heißt das noch lange nicht, dass jeder, der einen Job sucht, auch einen finden wird.

Mit Blick auf geringqualifizierte Flüchtlinge bedeutet dies vor allem eines: Um ihnen die Chance für ein produktives Leben in Deutschland zu geben, muss massiv in ihre berufliche Qualifikation investiert werden. Dies muss mit einem flächendeckenden System des Spracherwerbs beginnen, der bislang leider keineswegs gewährleistet ist.

Investitionen in das Erlernen der deutschen Sprache sind indes das A und O jeder Integration. Davon würden im Übrigen nicht nur Flüchtlinge profitieren. Warum an dieser Stelle nicht endlich auch neue Wege beschreiten und verstärkt E-Learning-Tools anbieten? Damit sich die Investition auszahlt, sind regelmäßige Prüfungen, von deren Bestehen weitere Integrationsangebote abhängig gemacht werden, unerlässlich. Lernerfolge sollten belohnt werden, um Lernanreize zu schaffen.

An verstärkten Bildungsinvestitionen führen weder Kosten- noch Zeit- oder Kapazitätsargumente vorbei. Andernfalls steuern wir sehenden Auges auf einen gesellschaftspolitischen Offenbarungseid zu. Das bislang unzureichende Angebot schon beim Bildungseinstieg durch Spracherwerb kommt gerade bei Menschen, die eine hohe Lernmotivation mitbringen, förmlich einer Integrationsverweigerung gleich.

Auch der bewundernswerte Einsatz der vielen Bürger, die als Freiwillige den Flüchtlingen zum Teil unermüdlich helfen, droht zu versanden, wenn es nicht gelingen sollte, den Flüchtlingen so schnell wie möglich sinnvolle und möglichst einzelfallgerechte Bildungswege zu eröffnen, die zudem anschlussfähig sind.

Dabei ist Bildungsvermittlung weder eine Beschäftigungstherapie noch dazu da, den zahlreichen Bildungsträgern die eigene Existenz zu sichern. Bildung und insbesondere berufliche Bildung ist vielmehr die notwendige Voraussetzung für das Gelingen der Integration. Es ist ein offenes Geheimnis, dass auch viele jüngere Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger hier leben, oft vor erheblichen Problemen bei der Bildungsteilnahme stehen.

Gesellschaftlicher Offenbarungseid

Das zeigt, wie akut unser Nachholbedarf an dieser Stelle ist. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass sich Deutschland Jahr für Jahr mit einer zu hohen Zahl von Bildungsabbrechern selbst ein schlechtes bildungspolitisches Zeugnis ausstellt.

Keine Frage: Erforderlich sind gewaltige Anstrengungen. Die boomenden Steuereinnahmen liefern einerseits die nötigen finanziellen Mittel. Andererseits macht die Tatsache, dass in Deutschland nahezu Vollbeschäftigung herrscht, das Unterfangen keineswegs einfacher. Die personellen Ressourcen, die für die Vermittlung einer adäquaten beruflichen Bildung für die Flüchtlinge benötigt werden, sind aufgrund der ohnehin schon hohen Arbeitsnachfrage eher knapp.

Angesichts der Größe der Herausforderung könnte man versucht sein, auf eine Billiglösung zu verfallen, die nicht nur von prominenten US-Volkswirten, sondern auch von einigen deutschen Wirtschaftsverbänden gelegentlich aufgeworfen wird: Man könne die Integration von Flüchtlingen ökonomisch besser bewältigen, wenn man für sie einfach sämtliche Mindestlohnbestimmungen außer Kraft setzt, um ihnen so zu besseren Jobchancen zu verhelfen.

Dabei wird aber nicht verstanden, dass ein solcher Ansatz in der Lebenswirklichkeit zu Einkommen führen würde, die deutlich unter dem erforderlichen Mindesteinkommen liegen. Diese müssten dann, der Logik des deutschen Gesellschaftsvertrags folgend, durch ergänzende Sozialhilfe aufgestockt werden. Damit würde sich aber jeglicher Arbeitsanreiz in Luft auflösen. Denn mit oder ohne Arbeit würden die Betroffenen dank ergänzender Sozialhilfe am Ende auf das gleiche Einkommen gelangen - es sei denn, sie wandern in die Schwarzarbeit ab.

Um diesen Vorschlägen gerecht zu werden, müsste man folglich obendrein die Sozialhilfeansprüche für Flüchtlinge senken. Damit würde man aber sehenden Auges das Entstehen extrem prekärer Lebensverhältnisse zulassen. Das ist in Deutschland erst recht nicht durchsetzbar - und zwar weder politisch noch moralisch.

Unser sozialstaatlicher Konsens kann auf zwei Wegen zum Einsturz gebracht werden: durch gewollte oder ungewollte Integrationsverweigerung sowie durch die bewusste Inkaufnahme des Unterlaufens sozialer Mindeststandards. Wer dies verhindern will, hat nur die Bildungsoption - mag sie noch so aufwendig sein.

Der Autor ist Vorsitzender der Geschäftsführung des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn.

Sie erreichen ihn unter:

gastautor@handelsblatt.com